

An den Oberbürgermeister
Herr Dominik Krause
80331 München



München, 21. Mai 2026

Anfrage

Polizeirepressionen beim Schulstreik gegen die Wehrpflicht?

Genau 81 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs und dem Sieg über Nazideutschland fanden am 8. Mai in München und 160 weiteren Städten im Land Schulstreiks statt. Die Schulstreiks stellen sich gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die schrittweise Einführung der Wehrpflicht, die von der klaren Mehrheit der betroffenen Jugendlichen abgelehnt wird¹. In München gingen mehr als tausend Schüler*innen zum dritten Mal auf die Straße, um ein starkes Zeichen gegen die Militarisierung zu setzen. Unterstützt wird der Münchner Schulstreik von Organisationen wie der GEW Bayern, den Jusos oder der ver.di Jugend. Schon bei der Kundgebung zum 1. Mai wurde am Marienplatz unter großem Applaus zum Schulstreik aufgerufen.

Auch unsere Fraktion war am 8. Mai vor Ort, um das Geschehen zu beobachten. Begleitet wurde die Demonstration zunächst von einem großen Aufgebot der Polizei. Während der Demonstration wurden regelmäßig Bilder von den Jugendlichen gemacht. Fotografiert wurden dabei vor allem Schilder mit der Aussage „Merz stirb doch selbst an der Ostfront“. Am Ende der vollkommen friedlichen Demo wurde am Rosa-Luxemburg Platz eine 20-jährige Schülerin, die sich am Rande der Kundgebung befand, von mehreren Polizeikräften zur Identitätsfeststellung abgeführt². Darauf kam es von Seiten der Schüler*innen zu Solidaritätsaktionen, die die Polizei mit Schlagstöcken beantwortet hat, was zu mindestens zwei Verletzungen bei den Demonstrierenden geführt hat.

Schon beim Schulstreik am 5. März wurden Schüler*innen von der Polizei eingeschüchert. In mehreren Fällen wurden wegen dem oben genannten Spruch Schüler*innen von der Polizei festgehalten, Anzeigen angedroht und zurück an die Schule geschickt. Rechtsexperten äußerten sich eindeutig, dass Demosprüche wie „Merz stirb doch selbst an der Ostfront“ legal sind und kein Grund für

¹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/umfrage-klare-mehrheit-der-jungen-generation-gegen-wehrdienst-li.3349323>

² <https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/schlagstockeinsatz-und-anzeige-bei-demo-in-muenchen-veranstalter-kritisieren-polizei-scharf-art-1130624>

Die Linke Fraktion

im Münchner Stadtrat

linke-fraktion@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Polizeirepressionen sind³. Die Schilder sind Machtkritik, wie sie ein Kanzler aushalten muss. Dazu ist aus anderen Städten keine ähnliche Repression gegen die Schüler*innen bekannt.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Aus welchem Grund wurden am 5. März und am 8. Mai jeweils auf den Schulstreiks die Identität von mehreren Schüler*innen festgestellt? Auf welchen Tatbestand beruft sich die Polizei?
2. Welche Ebene der Polizei hat für die vorübergehende Festnahme der Demonstrantin am 8. Mai 2026 den Befehl gegeben?
3. Halten die Stadt München und der Oberbürgermeister die Polizei-Einsätze gegen die Schulstreiks für gerechtfertigt?
4. Welche Maßnahmen hält die Stadt für geeignet, um willkürliche Polizeirepression gegenüber den Jugendlichen zu unterbinden?
5. Wie wird die Stadt München in Zukunft gewährleisten, dass die Versammlungsfreiheit der Schüler*innen bei den Schulstreiks gewährleistet wird?
6. Wie bewertet die Stadt die Praxis der Polizei, Beteiligte des Schulstreiks zurück in die Schule zu bringen?
7. Steht diese autoritäre Einschüchterung im Widerspruch zum Ziel der Stadt zur Demokratiebildung⁴ und wie will die Stadt dagegenwirken?

Initiative:

Stadtrat Christian Schwarzenberger

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Liliana Parente
Stadträtin Katharina Horn
Stadtrat Arif Haidary

³ <https://www.instagram.com/p/DV8UTnjgl82>

⁴ <https://stadt.muenchen.de/news/demokratiebildung-konzept.html>

Die Linke Fraktion

im Münchner Stadtrat

linke-fraktion@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München